



Heute im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments wurde die CO2 Richtlinie für das Transportwesen (schwere Nutzfahrzeuge) beraten. Die Mehrheit der Regelungen, die unseren Alltag und unsere Wirtschaft betreffen werden, heutzutage in Brüssel entschieden. Umso wichtiger ist es, dass Niedersachsen einen starken Vertreter in Brüssel hat. Mit Jens Gieseke haben wir einen Experten auf dem Gebiet der Mobilität vor Ort in Brüssel, der auch weiß worauf es für die Menschen und die Wirtschaft im ländlichen Raum in Niedersachsen ankommt.



Bei der neuen EU-Richtlinie geht es um den Ausstieg der Verbrennungsmotoren für Busse im ÖPNV und LKWs. Als Stichtag für 90% Emissionsreduzierung bei den Schwertransportern ist 2040 genannt. Bis 2030 soll eine Reduktion um 50% erfolgen. Für den Busverkehr soll 100 % schon im Jahr 2030 erreicht werden.

Jens Gieseke setzt sich für Technologieneutralität ein, wenn es um die Reduktion des CO<sub>2</sub> Ausstoßes geht. Dies sei wichtig für die Erhalt der Arbeitsplätze in Europa. Die Dekarbonisierung darf nicht zur Deindustrialisierung führen! Ein Verbrenner-Aus ist ohne technische Ersatzmöglichkeiten nicht realistisch.

Wie sind wir hier in der Kreistagspolitik betroffen?

Der Wechsel von fossilen Brennstoffen zu Wasserstoff bedingt den Ausbau erneuerbarer Energien. Windkraft im Landkreis Oldenburg verhindern, bedeutet auch die regionale Wasserstoffproduktion zu behindern. Diese Infrastruktur für die Speicherung und Erzeugung von



Wasserstoff ist aber wichtig, um vor Ort ohne weiteren Transport von Treibstoffen die Mobilität zu garantieren. Die Ablehnung einiger Kräfte in der Kreisverwaltung und der Politik gegenüber dem Ausbau der Windkraft in Ganderkesee ist bei diesen großen Herausforderungen nicht nachvollziehbar.

Intelligente Mobilitätssysteme könnten in einem Pilotprojekt im Landkreis Oldenburg getestet werden. Hier haben wir als Kreistagsfraktion mit unserem Antrag vor einem Jahr zu NEMo 2 eine innovative Lösung unterbreitet. Die Null- Emissionen soll für den ÖPNV mit dem Jahr 2030 viel früher kommen. Das zwingt zum Handeln. Schaufensterpolitik reicht nicht mehr.

Die Kreistagsfraktion setzt sich mit seinen Anträgen dafür ein, dass auch in Zukunft die Mobilität hier im Landkreis erhalten bleibt. Das Zögern einiger Personen in der Kreisverwaltung und im Kreistag hilft hier nicht weiter.

